

# FORMULAR 14

**Durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde rechtsverbindlich kundzumachen und darüber hinaus durch Anschlag am Gebäude jedes Wahllokals bekannt zu machen.**

**Abschrift in jedem Fall bis spätestens 15. Februar 2018 an die Kreiswahlbehörde absenden.**

Stadt- Markt- Gemeindeamt: 6133 Weerberg  
Mitterberg 111

## Kundmachung / Bekanntmachung

### über Verfügungen der Gemeindewahlbehörde vor der Wahl

Anlässlich der Landtagswahl am 25. Februar 2018 wird gemäß § 38 Abs. 3 der Tiroler Landtagswahlordnung 2017 kundgemacht:

#### 1. Wahllokal(e) und dazugehörige Verbotszone(n):

Spr.	Bezeichnung	Adresse	Wahlzeit		barriere- frei	Verbots- zone
			von	bis		
1	Volksschule Mitterberg	Mitterberg 111	07:30	13:30	ja	Im Umkreis von 100 m des Wahllokales Mitterberg 111
2	Volksschule Mitterberg	Mitterberg 111	07:30	13:30	ja	Im Umkreis von 100 m des Wahllokales Mitterberg 111

#### 2. Wahlzeit

Während der Wahlzeit ist die **Stimmabgabe durchlaufend** möglich. Der Wahlbehörde ist zur Stimmabgabe ein amtlicher **Lichtbildausweis** (Reisepass, Personalausweis, Führerschein und dergleichen), aus dem die **Identität des Wählers** ersichtlich ist, oder eine sonstige amtliche Urkunde, mit der die Identität nachgewiesen werden kann, vorzulegen. **Verschlossene Wahlkarten** können am Wahltag nur mehr bei der Wahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis der Wähler eingetragen ist, während der Wahlzeit dieser Wahlbehörde abgegeben werden. Vor dieser Wahlbehörde können Wahlberechtigte, für die eine Wahlkarte ausgestellt wurde, ihre Stimme auch noch mit **offener Wahlkarte** abgeben: Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Wahlkarte noch nicht zugeklebt und die eidesstattliche Erklärung noch nicht unterschrieben wurde und die offene Wahlkarte der Wahlbehörde vorgelegt wird.

#### 3. Am Wahltag ist innerhalb der Verbotszone

- a) **jede Art der Wahlwerbung**, wie Ansprachen an die Wähler, Verteilung von Wahlaufrufen und Wahlwerberlisten und dergleichen,
  - b) **jede Ansammlung von Menschen** und
  - c) **das Tragen von Waffen** (außer durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes)
- verboten.

4. Übertretungen dieser Verbote werden von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 2.500,- Euro geahndet.

Kundmachung

angeschlagen am 8.01.2018

abgenommen am 25.02.2018

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister:

